

Keine Spur von Bürgerbeteiligung

TA 14.01.2016

SÜDOST Ortsteilbürgermeister und Bürgerinitiative Hochwasserschutz erheben Vorwürfe gegen Verwaltung

VON ANJA DEROWSKI

Wenn im Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile das Thema Hochwasserschutz auf der Tagesordnung steht – was seit Oktober 2014 sehr oft der Fall war – dann wird es meist emotional. Verbergen sich doch hinter dem Ansinnen eines Hochwasserschutzkonzeptes Schicksale von Anwohnern, deren Häuser durch die Fluten teils stark in Mitleidenschaft gezogen worden.

Immer wieder fragen sie bei ihren Ortsteilbürgermeistern von Büßleben, Kerspleben, Urbich, Linderbach und Hochstedt nach – und immer wieder müssen sie von ebenjenen getröstet werden. Genau das haben sie offensichtlich nun über. „Ich habe ernsthaft überlegt, heute hierher zu kommen“, sagte Büßlebens Ortsteilbürgermeisterin Kathrin Hörr in der Ausschusssitzung am Dienstagabend. „Dieses ewige Hin- und Herschieben von Stellungnahmen bringt nichts. Es reicht nicht aus, Fragen formal zu beantworten“, warf sie dem Leiter des Garten- und Friedhofsamtes, Wolfgang Schwarz, vor. „Das ist ein Wegdiskutieren von Problemen“.

Sichtlich verärgert über das Verhalten der Verwaltung machten sie ihrem Unmut Luft. Man könne dies den Bürgern in den Orten schon gar nicht mehr

erklären. „So etwas wie Bürgerbeteiligung, wie sie zu Beginn der Erstellung des Konzeptes geplant war, hat bisher nicht stattgefunden. Die Bürger haben Vorschläge gemacht und bisher keinerlei Rückmeldungen seitens der Verwaltung erhalten“, meinte Kathrin Hörr weiter.

In dieser scharfen Form wollte Wolfgang Schwarz die Kritik nicht stehen lassen, er verwies darauf, die die Zusammenfassung in Kürze öffentlich ausgelegt werde. Auf ein genaues

Datum allerdings wollte oder konnte er sich nicht festlegen. „Dass Sie uns unterstellen, wir sollten uns besser abstimmen, finde ich nicht sonderlich nett“, reagierte der Amtsleiter.

Auch Kersplebens Ortsteilbürgermeister Ehrhardt Henkel äußerte sich kritisch. „Ich verstehe die Verwaltung nicht mehr ganz“, sagte er in der Ausschusssitzung. Es sei entscheidend, wie hoch der Schaden tatsächlich war. Die Zahlen, die die Bürgerinitiative Hochwasserschutz

mühevoll zusammentrug, müssten für das Gutachten zu Rate gezogen werden. „Wir müssten doch endlich festlegen, wann welche Maßnahmen ergriffen werden“, drängte er.

Andreas Funke-Reuter mahnte erneut an, dass es bisher keinen mündlichen Austausch über den Entwurf gegeben habe, „immer sind es schriftliche Stellungnahmen. Aber so sieht doch kein Gesprächsprozess aus“, sagte der Sprecher der Bürgerinitiative Hochwasserschutz. Es gäbe



Unter der Bahnbrücke in Bischleben hatte die Feuerwehr während des Hochwassers viele Pumpen im Einsatz.
Archiv-Foto: Marco Schmidt

noch viel Redebedarf. „Wir wollen die 19 Maßnahmen, die das Ingenieurbüro vorschlägt, nicht vom Tisch wischen. Aber die ganze Sturzflutproblematik muss mit hinein.“

Es besteht noch viel Redebedarf

Dafür bedürfe es der Sensibilität des Stadtrates, „doch diese Sensibilität wird von der Stadtverwaltung nicht kommuniziert“, sagte Andreas Funke-Reuter. Die sei das Kernproblem. Die alleinige Fokussierung auf das sogenannte HQ100-Schutzziel würde die Hochwasserproblematik nicht lösen, wichtig sei, die Gefahr der Sturzfluten mit einzubeziehen.

Der Knackpunkt sei, dass die Verwaltung einen „anderen semantischen Hintergrund des Begriffs Diskussion“ habe. Bürgerbeteiligung sei nicht nur, dass Bürger irgendwie Stellung nehmen zu ausgelegten Papieren.

Der derzeitige Entwurf soll in die nächste Dienstberatung mit dem Oberbürgermeister eingebracht werden, danach soll am 3. Februar im Stadtrat abgestimmt werden. „Die Stadträte haben dann nur noch die Möglichkeit, dafür oder dagegen zu stimmen“, gibt Andreas Funke-Reuter zu bedenken.